

Hochseilakt mit Absturzgefahr

Autor(en): **Schaub, Rudolf P.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz**

Band (Jahr): **87 (2012)**

Heft 10

PDF erstellt am: **27.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-717262>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Hochseilakt mit Absturzgefahr

Seit mehr als einem Jahrzehnt werden die jährlichen Ausgaben der Eidgenossenschaft für die Armee trotz bedenklicher Auswirkungen durch Bundesrat und Parlament gekürzt. Als Korpskommandant Keckeis am 31. Dezember 2007 als Armeechef zurücktrat, musste er bei seiner Verabschiedung eingestehen, dass die Armee nicht mehr einsatzfähig war und ihren (gemäss Verfassung nach wie vor bestehenden) Verteidigungsauftrag nicht mehr erfüllen konnte.

OBERSTLT RUDOLF P. SCHAUB, EHEM. ZUGETEILTER STABSOFFIZIER INF RGT 24

Daran hat sich bis heute nichts geändert. Trotz der gravierenden Feststellung des früheren Armeechefs Keckeis wurden die finanziellen Mittel für die Armee weiter gekürzt. Im Jahre 2011 opponierten erstmals verantwortungsbewusste Parlamentarier gegen die Bestrebungen des Bundesrates, das VBS weiter «auszuhungern». Es kam zu einer unmissverständlichen Willenskundgebung des alten Parlamentes für eine bessere Armee.

Dies veranlasste den Bundesrat aber auch im Jahr 2012 keineswegs zum überfälligen Kurswechsel. Die finanziellen Mittel des VBS sollen einmal mehr reduziert werden, was in der Sicherheitskommission des Ständerates zu heftiger Kritik führte. Für einen verantwortungsbewussten Bürger, langjährigen Truppenkommandanten und Stabsoffizier, der 1867 Diensttage geleistet hat, drängt es sich auf, den Gründen dieser Vernachlässigung der Armee durch den Bundesrat nachzugehen.

«Notwendiges Übel»

Für die zu kritisierende Haltung der Landesregierung lassen sich viele Gründe anführen. Diese können hier nicht vollständig abgehandelt werden. Wichtig ist zunächst, dass seit 1995 das EMD bzw. VBS isolierten Bundesräten zugeschanzt wurde (Ogi, Schmid und Maurer).

Immerhin zeichnet sich der gegenwärtige VBS-Chef durch militärisch unkonventionelle Gedankengänge aus. In einem Interview mit dem Tagesanzeiger vor einigen Monaten erklärte Bundesrat Maurer, man müsse sich fragen, ob die Schweizer Armee nicht auf ihre Artillerie verzichten sollte. Denn mit dieser könne man bald an keinem Ort mehr schiessen, ohne auch die eigene Zivilbevölkerung zu treffen. Ich frage mich, ob Bundesrat Maurer davon ausgeht, fremde Befehlshaber würden bei Kampfhandlungen in unserem Land auf den Gebrauch ihrer Kanonen verzichten, um un-

sere Zivilbevölkerung zu schonen. Die restlichen Mitglieder der Landesregierung zeigen und zeigen nach wie vor geringes Interesse am aus ihrer Sicht (innenpolitisch) «notwendigen Übel» Armee. Solange unser Land von «Freunden» wie die in die EU und Nato als Friedensorganisationen eingebundenen Nachbarländer umgeben ist, darf ihres Erachtens bei der Landesverteidigung gespart werden.

Sowohl der Bundesrat in der früheren als auch in der heutigen Zusammensetzung verfügt ganz überwiegend nicht über die erforderlichen Kenntnisse und Erfahrungen, um die anstehenden und in der Tat schwierigen sicherheitspolitischen Probleme zu bewältigen.

Darüber muss man sich nicht wundern, zumal bis zu den letzten Bundesratswahlen eine Mehrheit von Damen ohne militärischen Sachverstand, aber darauf erpicht, die finanziellen Mittel für ihr Departement zu maximieren, über das Militärbudget entscheiden konnten. Der neu gewählte Bundesrat Berset dürfte die Sachkompetenz und das Engagement der Landesregierung in der Sicherheitspolitik allerdings auch nicht steigern. Seine ideologische Ausrichtung hindert ihn daran. Bekanntlich gehört er jener Partei an, welche die Armee gemäss Parteiprogramm abschaffen will.

Zwei Kampfbrigaden

Das wenig schmeichelhafte Urteil über unsere Landesmütter und -väter wird bestätigt, wenn man sich in die aktuell massgebenden Bundesratsberichte über die Sicherheitspolitik und über die Armee aus dem Jahre 2010 vertieft. Die umfangreichen Berichte sind in wichtigen Aussagen widersprüchlich oder falsch, stellen und beantworten zentrale Fragen nicht und enthalten Handlungsmaximen betreffend Armee, welche nicht zu Ende gedacht sind und nicht mit dem angenommenen Ergebnis umgesetzt werden können.

Im Sicherheitsbericht (zutreffender: Abrüstungsbericht), welcher dem Armeebereich übergeordnet ist, wird ausgeführt, die Armee müsse «die zentralen Fähigkeiten zur Führung militärischer Verteidigungsoperationen erhalten und weiterentwickeln, qualitativ hochstehend, aber quantitativ begrenzt». Dies sollte mit zwei Kampfbrigaden geschehen, für die allerdings aus finanziellen Gründen nicht einmal die volle Ausrüstung bereit gehalten wird.

Papierflut

Die Frage, wie viele Kampfbrigaden nötig wären, um im schlimmsten Fall den Verteidigungskampf zu führen, wird nicht gestellt, geschweige denn beantwortet.

Logischerweise macht sich der Bundesrat auch keine Gedanken darüber, wie lange es dauern würde, bis die im Verteidigungsfalle erforderlichen Verbände ausgerüstet und ausgebildet einsetzbar wären und aus welchem Hut die Kommandanten und Stäbe mit dem erforderlichen Know-how zur Führung der neuen Verbände hervorgezaubert werden sollen. Der Bundesrat beschäftigt sich auch nicht mit der wichtigen Frage, ob die sicherzustellende Fähigkeit zu qualitativ hochstehenden Verteidigungsoperationen zwingend Unterstützung aus der Luft mit Erdkampfflugzeugen und Kampfhelikoptern voraussetzen würde. Diese müssten beschafft werden, wenn man das formulierte Ziel tatsächlich erreichen wollte.

Die skizzierten Fragen würden das politisch aktuell opportune und als Schlagwort dienende Aufwuchskonzept, mit dem die verantwortungslosen Budgetreduktionen vordergründig gerechtfertigt werden, rasch als Luftschloss entlarven.

Zum sog. Aufwuchskonzept und zur Erhaltung des Know-hows zur Führung des Verteidigungskampfes hält der Bundesrat an anderer Stelle im Bericht überraschenderweise fest, er würde es für verfehlt halten, ein detailliertes Aufwuchskonzept für

einen möglichen künftigen militärischen Konflikt auszuarbeiten, weil Art und Ausmass der benötigten Fähigkeiten von der konkreten Bedrohung abhängen würden.

Solange nicht klar sei, worauf sich die Armee vorbereiten müsse, sei es nicht möglich, die Erlangung der nötigen militärischen Fähigkeiten im Detail zu planen. Wie soll die Armee bei dieser Einschränkung «die zentralen Fähigkeiten zur Führung militärischer Verteidigungsoperationen erhalten und weiterentwickeln, qualitativ hochstehend»? Dem Bundesrat scheinen in der veranstalteten Papierflut die Übersicht oder das logische Denken abhanden gekommen zu sein.

Er vernachlässigt sträflich eine Hauptaufgabe, die gelöst werden müsste, damit unser Land für den schlimmsten Fall der Bedrohung, den Verteidigungsfall, aufgrund von umsichtigen Planungsmassnahmen mit vorbehaltenen Entschlüssen einigermassen vorbereitet bleibt.

Klarer Auftrag

Die Armee hat militärische Verbände einer anderen Armee daran zu hindern, in unser Land einzudringen und sich in diesem festzusetzen. Dies kann mit dem Ziel einer Teil- oder Totaleroberung geschehen. Die militärischen Mittel, welche für ein solches Unterfangen eingesetzt würden, sind auch heute bekannt und bleiben es in der Zukunft. Bekanntlich gibt es Staaten, die modernste Angriffsarmeen unterhalten bzw. aufbauen. Ihre militärische Organisation, ihr Waffenarsenal und ihre Doktrin wären massgebend für die heutige Planung der schweizerischen Antwort im allfälligen

Verteidigungsfall, deren primäre Aufgabe es wäre, einen potenziellen Angreifer von seinem Vorhaben «aufgrund der Kosten» abzuhalten.

Operative Option

Weil sich der Bundesrat mit den Anforderungen und Szenarien einer Kampfführung im Verteidigungsfall gegen einen modernen Angreifer nicht beschäftigen wollte, entschied er auch, die weder technisch noch taktisch veralteten 12 cm Festungsminenwerfer auszumustern und mit sehr hohen Kosten zurückzubauen. Seinen Entschluss begründete er mit der Verletzlichkeit dieser modernen Anlagen gegen Abstands Waffen und ihren falschen Standorten.

Später hiess es auch noch, man habe keine Munition mehr. Alle Begründungen halten einer seriösen Überprüfung nicht stand. Glücklicherweise konnte der Vollzug des unverständlichen Bundesratsbeschlusses mit massivem Druck wenigstens teilweise verhindert werden – hoffentlich bei den wichtigen Werfern an den Zugängen zum «Reduit».

Für diese kann die erforderliche Munition im gegebenen Zeitpunkt übrigens wieder beschafft werden, nachdem man sie aus unerfindlichen Gründen voreilig vernichtet hat. Je schwächer die Armee als Ganzes in einem künftigen Verteidigungsfall sein wird, desto wichtiger wird das «Reduit» als operative Option werden. In Anbetracht des vorgesehenen «Aufwuchses» der Armee im sich abzeichnenden Bedrohungsfall ist schliesslich auch die stattfindende Verhökung der unterirdischen Logistikanlagen

erklärungsbedürftig. Eine dereinst wieder grössere Armee zur Führung des Verteidigungskampfes wäre auf diese dezentralisierten Anlagen höchstwahrscheinlich angewiesen. Sollen sie dann als Teil des «Aufwuchses» zur Freude des Baugewerbes neu errichtet werden?

Schlendrian

Bemerkenswert ist, dass die Berichte über die Sicherheit und die Armee von den Eidgenössischen Räten und ihren Sicherheitskommissionen seinerzeit akzeptiert worden sind und sich erst jetzt Opposition gegen den bundesrätlichen Schlendrian bemerkbar macht.

Dass diese nachhaltig sein wird, ist zu bezweifeln. Etwas steht aber aufgrund zahlreicher Kriege schon heute fest: Eine Armee, die den Ernstfall zu planen beginnt, wenn sich die vorgesetzten politischen Behörden über Art und Umfang einer konkreten Bedrohung einig geworden sind, wird nie und nimmer rechtzeitig bereit sein.

Hat unsere Landesregierung in den letzten dreissig Jahren ein Problem, das zu ernsthaften politischen Schwierigkeiten geführt hat, rechtzeitig erkannt und vorausschauend gelöst? Diese Frage muss mit einem klaren Nein beantwortet werden. Deshalb ist die heutige Militärpolitik des Bundesrates ein äusserst riskanter Hochseilakt mit hoher Absturzgefahr. +

Dr. Rudolf P. Schaub war zugeteilter Stabschef Infanterie Regiment 24. Er wohnt in Walchwil und ist Wirtschafts-anwalt in Baar/ZG. Militärisch durchlief er die gesamte Kommandantenlaufbahn bis und mit Stellvertreter des Kdt Inf Rgt 24.

Ein politisches Nachwort zum Hochseilakt

Der Weckruf «Hochseilakt» wurde allen Mitgliedern des Bundesrates, den Angehörigen von Nationalrat und Ständerat, deren Partei die Abschaffung der Armee nicht zu einem Hauptprogrammpunkt gemacht hat (CVP, FDP, SVP und GL), Frau Nationalrat Chantal Galladé (SP), Präsidentin der Sicherheitskommission, und der obersten Armeeführung zugestellt.

Die unten erwähnten Empfänger des Weckrufes haben in der angegebenen Reihenfolge unterschiedlich ausführlich geantwortet:

– Bundesrat: Johann N. Schneider-Ammann, Ueli Maurer und Didier Burkhalter, wobei dieser Botschafter Benno Laggner Stellung nehmen liess;

– Ständerat: Joachim Eder (FDP), Konrad Graber (CVP), Hans Hess (FDP), Thomas

Minder (parteilos);

– Nationalrat: Thomas Aeschi (SVP), Christoph Blocher (SVP), Peter Spuhler (SVP), Ueli Giezendanner (SVP), Toni Bortoluzzi (SVP), Oskar Freysinger (SVP), Lukas Reimann (SVP), Toni Brunner (SVP), Chantal Galladé (SP), Gerhard Pfister (CVP), Yvette Estermann (SVP) und Thomas Hurter (SVP).

– Armeeführung: Korpskommandant André Blattmann.

Ich danke Frau Nationalrätin Galladé, Frau Nationalrätin Estermann und allen Herren Bundesräten und Parlamentariern sowie Herrn Korpskommandant Blattmann für ihre ausnahmslos positiven Reaktionen. Besonders freut es mich nun, dass verschiedene Organisationen, denen die Sicherheitspolitik der Landesregierung auch Sorge be-

reitet, beabsichtigen, meinen Weckruf «Hochseilakt der Schweizer Armee mit Absturzgefahr» ihren Mitgliedern zukommen zu lassen. Je mehr Stimmbürgerinnen und Stimmbürger über die gravierenden Versäumnisse unserer Landesregierung bezüglich Sicherstellung einer funktionierenden Landesverteidigung informiert sind, desto reeller werden die Chancen auf einen Kurswechsel. Freilich müssen diese Stimmbürgerinnen und Stimmbürger den Mut aufbringen, ihren Vertretern in den Eidgenössischen Räten klare Fragen in Sachen Sicherheitspolitik zu stellen und überzeugende Antworten zu verlangen. Bleiben diese aus, und wird das bisherige «sicherheitspolitische Geschwätz» der Landesregierung nachgebetet, sind spätestens bei den nächsten Wahlen Konsequenzen zu ziehen. *Rudolf P. Schaub*